

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

18. WP - 28. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 8. Januar 2014, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Vorsitzender

Volker Dornquast (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Oliver Kumbartzky (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit 2011 bis 2012	6
Drucksache 18/1035	
(überwiesen am 22. November 2013 an den Sozialausschuss und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	
2. Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/909	
Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/952	
(überwiesen am 20. Juni 2013)	
3. Gespräch mit dem Geschäftsführer des Flughafens Sylt, Herrn Peter Douven	11
Antrag des Abg. Hartmut Hamerich (CDU)	
4. Netzneutralität stärken	13
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/852	
(überwiesen am 31. Mai 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Wirtschaftsausschuss)	

5. a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes **15**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/885](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1602](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/2039](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2200](#)

b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/898](#)

c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/821](#)

Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/874](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2201](#)

(überwiesen am 18. Juni 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1753](#) (neu), [18/1831](#), [18/1840](#), [18/1844](#), [18/1872](#), [18/1873](#), [18/1874](#), [18/1879](#), [18/1880](#), [18/1881](#), [18/1882](#), [18/1885](#), [18/1890](#), [18/1891](#), [18/1892](#), [18/1898](#), [18/1925](#), [18/1936](#), [18/1943](#), [18/1966](#), [18/1995](#), [18/2014](#), [18/2079](#), [18/2121](#), [18/2122](#)

6. Verschiedenes

18

**7. Vergabeverfahren der Schienenpersonennahverkehrsleistungen im Netz-West
Teil 1 (Fahrzeugbereitstellung 2015 bis 2034)**

Vorlage des Verkehrsministeriums
vertraulicher [Umdruck 18/2158](#)

hierzu: [Umdrucke 18/2178](#), [18/2187](#), [18/2188](#), [18/2191](#)

(nicht öffentlich gemäß Artikel 17 Abs. 3 Satz 3 LV i. V. m. § 17 Abs. 2 GeschO
- Fortsetzung der Beratung vom 13. Dezember 2013)

(siehe vertraulichen Teil der Sitzung)

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Nach einer Diskussion, in der von Vertretern der Opposition die kurzfristige Vorlage der Unterlagen zum Vergabeverfahren der Schienenpersonennahverkehrsleistungen im Netz West kritisiert wird, stimmt der Ausschuss auf Antrag des Abg. Hamerich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktionen der FDP und der PIRATEN dafür, den Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu belassen und zu beraten. Einvernehmlich wird der Antrag der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/1026](#), von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung beim
Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die Situation
der behinderten Menschen in Schleswig-Holstein sowie über seine Tätigkeit
2011 bis 2012**

[Drucksache 18/1035](#)

(überwiesen am 22. November 2013 an den **Sozialausschuss** und alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

Herr Dr. Hase, der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags, führt anhand seines Berichts, [Drucksache 18/1035](#), in die Thematik ein. Das Thema Menschen mit Behinderung spiele gesamtgesellschaftlich eine bedeutende Rolle. Bei Menschen mit Behinderung handele es sich nicht um eine Gruppe, die ausschließlich unter dem Stichwort „Soziale Angelegenheiten“ betrachtet werden dürfe. Vielmehr betreffe das Thema alle Aspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Das zeige sich bereits in der Zahl von mehr als 500.000 betroffenen Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein, was einem Anteil von knapp 20 % der schleswig-holsteinischen Bevölkerung entspreche. Herr Dr. Hase weist beispielhaft auf die Zusammenarbeit mit der Architektenkammer hin, in der es gelungen sei, eine Fortbildung für Architekten und Bauingenieure für barrierefreies Bauen anzubieten. Diese Zusammenarbeit sei auch deshalb besonders wichtig, weil Barrierefreiheit in der baulichen Planung nicht sehr teuer sei, bei Nachbesserungen allerdings schon.

Abg. Hamerich bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, zum Thema Weiterbildung für Architekten im Hinblick auf barrierefreies Bauen auch einen gemeinsamen interfraktionellen Antrag formulieren zu können, um dieses Thema weiter zu befördern.

Abg. Schulz unterstützt die Idee eines gemeinsamen interfraktionellen Antrags. Darüber hinaus spricht er die im Bericht erwähnte Auszeichnung „Nixe“ für Betriebe mit einem hohen Anteil an Beschäftigten mit Behinderung an, von der er hoffe, dass sie weitergeführt werden könne. Wichtig sei, die Möglichkeit der Auszeichnung publik zu machen, um ausreichend Bewerbungen zu bekommen.

Herr Dr. Hase führt dazu aus, dass sich die Aktion „Nixe“ überholt habe, weil das Sozialministerium gemeinsam mit dem Unternehmensverband und der Arbeitsagentur eine Auszeichnung ins Leben gerufen habe, die ähnliche Kriterien verwende. Er zeigt sich verwundert darüber, dass er als Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung dies erst im Nachhinein erfahren habe. Problematisch in diesem Zusammenhang sei, dass sich viele Unternehmen für Menschen mit Behinderung engagierten, aber nicht als Preisträger ausgezeichnet werden wollten, um vermeintlich negative Auswirkungen auf das Unternehmen durch die Auszeichnung zu vermeiden. In Zusammenarbeit mit Professor Klaus von der Fachhochschule in Kiel habe er eine Studie veröffentlicht, mit der aufgezeigt werden solle, wie man stärker die Ressourcen statt der Nachteile betonen könne, denn zentral sei, auch in der Öffentlichkeit zu einem offenen Umgang mit dem Thema Menschen mit Behinderung zu kommen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zur Möglichkeit für Menschen mit Behinderung, vom ersten Arbeitsmarkt gegebenenfalls in Werkstätten zurückkehren zu können, führt Herr Dr. Hase aus, dass es wichtig sei, dass Menschen mit Behinderung die Möglichkeit hätten, den ersten Arbeitsmarkt angstfrei ausprobieren zu können, also auch eine Rückkehrmöglichkeit bräuchten. Zu begrüßen sei die Planung der neuen Bundesregierung, dieses im Rahmen der Gespräche zu den neuen Sozialgesetzbüchern zu thematisieren.

Abg. Dr. Breyer regt an, über den Vorschlag von Herrn Dr. Hase nachzudenken und gegebenenfalls mit einer angemessenen Übergangsfrist umzusetzen. Ihn interessiert die Meinung des Wirtschaftsministeriums dazu.

Staatssekretär Müller-Beck unterstreicht, dass das Thema Inklusion auch im Bereich des Tourismus eine Rolle spiele und grundsätzlich eine Frage der Haltung sei. Das Thema muss in vielen Bereichen stärker Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf den in der Diskussion angesprochenen Übergang in den ersten Arbeitsmarkt hebt er hervor, dass dieses Thema die Landesregierung in Zukunft beschäftigen werde. Im Zusammenhang mit dem Wandel auf

dem Arbeitsmarkt seien Unternehmen stark daran interessiert, weiterhin ihren Fachkräftebedarf zu decken. Dieses könne genutzt werden, um Barrieren abzubauen. Die Landesregierung werde darüber hinaus prüfen, welche Möglichkeiten der Änderung der Architektenausbildung bestünden, um barrierefreies Bauen stärker in den Fokus zu rücken.

Abg. Matthiessen weist auf die Notwendigkeit hin, auch die Benutzbarkeit des ÖPNV für Menschen mit Behinderung sicherzustellen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Stärkung des barrierefreien Tourismus in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/909](#)

Schleswig-Holstein für alle - Perspektiven für ein barrierefreies Urlaubsland

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/952](#)

(überwiesen am 20. Juni 2013)

Herr Dr. Hase, der Beauftragte für Menschen mit Behinderung, führt in die Thematik ein. Er unterstreicht, dass man vonseiten des Landesbeauftragten das Projekt begrüße und begleite. Im Rahmen des Projekts barrierefreier Tourismus sei auch eine stärkere Auswirkung auf den öffentlichen Personennahverkehr aus seiner Sicht wünschenswert. Eine nachhaltige barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs sei auch vor dem Hintergrund des in zwei Jahren anstehenden Endes des Projekts wichtig. Entscheidend sei, die Erfolge des Projekts auch über die Projektlaufzeit hinaus zu erhalten. Barrierefreier Tourismus sei eine Querschnittsaufgabe, habe aber auch große Überschneidungen mit der Querschnittsaufgabe der Inklusion insgesamt.

Abg. Hamerich unterstreicht die Bedeutung des Themas für seine Fraktion, die auch Anlass für den Antrag gewesen sei, und weist auf die in diesem Zusammenhang erstellte Bachelor-Arbeit und die Veranstaltungen des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung hin. Er spricht an, dass man plane, den Landesbeauftragten auch zu einer kommenden Sitzung des LVS-Beirates einzuladen. Wichtig sei, den Aspekt der Barrierefreiheit auch bei der Ausschreibung von Waggons zu berücksichtigen und auch andere Ressorts als nur das Wirtschaftsministerium einzubeziehen.

Abg. Dr. Tietze pflichtet den Ausführungen von Abg. Hamerich bei und plädiert dafür, auch eine Wirkungsorientierung zu schaffen und eine Evaluation zu erreichen, um ermitteln zu können, inwieweit die gesetzten Ziele auch erreicht würden. Prognose- und Evaluationsinstrumente könnten Rückschlüsse darauf zulassen, an welchen Punkten nachgesteuert bezie-

ungsweise welche Instrumente anders eingesetzt werden müssten. Der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen sei weitgehender, aus diesem Grunde werde man den Antrag der Fraktion der CDU vonseiten der Koalitionsfraktionen ablehnen, was jedoch nicht einer Ablehnung des Anliegens an sich gleichkomme.

Abg. Kumbartzky kündigt für seine Fraktion an, dem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen zu wollen, und erkundigt sich nach der Tourismusstrategie der Landesregierung und nach dem Aspekt der Barrierefreiheit in dieser Tourismusstrategie. Er plädiert dafür, den Wirtschaftsausschuss frühzeitig einzubinden.

Staatssekretär Müller-Beck skizziert die konkreten Ziele der Landesregierung im Hinblick auf barrierefreien Tourismus, unter anderem die Klassifizierung von 80 Betrieben, die Einrichtung von Fachforen sowie eine Stärken- und Schwächeanalyse in den Regionen. Die Landesregierung erwarte wirtschaftliche Potenziale in diesem Bereich, die stärker genutzt werden sollten. Die Landesregierung erhoffe sich, am Ende der Projektlaufzeit genaue Erkenntnisse darüber zu haben, welche nächsten Schritte stattfinden müssten. Unter breiter Einbindung aller Tourismusakteure im Land fänden zurzeit Diskussionen in Arbeitsgruppen statt, es würden verschiedene Aspekte der Strategie erarbeitet. Sobald dort Ergebnisse vorlägen, würden diese auch mit dem Wirtschaftsausschuss intensiv erörtert.

Herr Schmidt, Geschäftsführer der Tourismusagentur Schleswig-Holstein weist im Zusammenhang mit den von Abg. Dr. Tietze angesprochenen messbaren Zielen aus dem Projekt auf die Datenbank für den barrierefreien Tourismus hin, die gemeinsam mit Partnern erarbeitet werde. Ursprüngliches Ziel sei die Einbindung von insgesamt sechs Partnerregionen gewesen, was man bereits jetzt weit übertroffen habe. Die beteiligten Partner seien sehr facettenreich und sehr aktiv im Projekt. Zugleich beteiligten sich die Partner nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell an dem Projekt. Der DEHOGA sei - anders als in anderen Bundesländern - Hauptfinanzier. Die Tourismusagentur wünsche sich ebenfalls eine Verankerung des Themas barrierefreier Tourismus in der Tourismusstrategie der Landesregierung, zugleich erhoffe man sich mehr Akzeptanz auf der lokalen und regionalen Ebene. Er unterstreicht, dass für 10 % der Reisenden Barrierefreiheit eine Notwendigkeit sei, für 40 % ein wichtiger Aspekt und für 100 % der Touristen eine Frage des erhöhten Komforts.

Herr Dr. Hase weist auf den wichtigen Aspekt der Sensibilisierung hin.

Auf Anregung des Abg. Schulze kommt der Ausschuss überein, die Beschlussfassung zu den Anträgen in seiner nächsten Sitzung durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Gespräch mit dem Geschäftsführer des Flughafens Sylt,
Herrn Peter Douven**

Antrag des Abg. Hartmut Hamerich (CDU)

Herr Douven, der Geschäftsführer des Flughafens Sylt, trägt die Schwerpunkte seiner Präsentation (siehe Anlage zu dieser Niederschrift), vor.

Abg. Dr. Breyer hebt hervor, dass es aus seiner Sicht keine Option für das Land sei, bei dem nicht wettbewerbsfähigen Regionalflughafen auf Sylt einzusteigen. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, den Flughafen für das Land zum Beispiel bei Sicherheitsvorkehrungen zu unterstützen. Er stellt die Frage in den Raum, ob die Möglichkeit bestehe, sich im Hinblick auf die Sicherheitsvorkehrungen für eine Ausnahmeregelung für den Flughafen Sylt einzusetzen.

Abg. Dr. Tietze spricht sich für eine Stärkung der Position der Insel Sylt dadurch aus, dass man mit einer Stimme spreche. Er thematisiert, inwieweit über eine Tourismusabgabe die Möglichkeit bestehe, auch Beherbergungs- und Gastronomiebetriebe stärker an der Finanzierung von Infrastruktur zu beteiligen, da diese auch von den Gästen, die die Insel auf dem Luftweg erreichten, profitieren würden.

Abg. Hamerich unterstützt die Idee, die Gewerbetreibenden stärker in die Pflicht zu nehmen. Er sehe eine Möglichkeit, im Bereich der Flugsicherung und Luftsicherheit dem Flughafen gegebenenfalls hilfreich zur Seite zu stehen.

Abg. Dr. Breyer interessiert, was Herr Douven damit gemeint habe, dass 80 % des Gepäcks unkontrolliert verladen würden. - Herr Douven unterstreicht, dass es bei den 80 % nur um den neuen Kontrollbereich der Flüssigkeitskontrolle gehe. Ansonsten gebe es eine 100-prozentige Kontrolle. Die zusätzliche Regelung, dass Flüssigkeiten mit einem Scanner kontrolliert werden müssten, dessen Leistungsfähigkeit noch nicht erwiesen sei, schaffe erhebliche Probleme. Als Verbraucher müsse man sich fragen, warum mit erheblichem Aufwand nur 20 % der Flüssigkeiten insgesamt kontrolliert werden sollten.

Zu der Diskussion um die 10 € Aufschlag auf Flugtickets führt Herr Douven aus, dass aufgrund der geringen Gewinnmargen von Fluggesellschaften und die Notwendigkeit einer hohen Auslastung die 10 € zusätzlich einen großen Unterschied machen könnten.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass das Land keine Einflussmöglichkeiten auf internationale Sicherheitsbestimmungen an Flughäfen habe und auch keine Ausnahme für den Flughafen Sylt erwirkt werden könne. Das Thema Flugsicherheit müsse von EU-Abgeordneten angesprochen werden. Darüber hinaus sehe die Landesregierung derzeit keine Möglichkeiten, Infrastruktur aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, da Zuschüsse notifiziert werden müssten. Einer Finanzierung durch Zuschüsse aus den Gemeinden stehe jedoch nichts entgegen. Den zuschussbedürftigen Regionalflughäfen drohe darüber hinaus durch europäische Gesetzgebung das Aus. Man hoffe jedoch, dass die Passagierzahl, die die Schwelle darstelle, zugunsten des Flughafens Sylt verändert werde.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Netzneutralität stärken

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/852](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

Einleitend führt Abg. Dr. Breyer in die Thematik ein. Er weist auf die Bestrebungen zur Schaffung eines interfraktionellen Antrags hin und regt an, sich dem Votum des federführenden Ausschusses anzuschließen.

Abg. Schulze bittet um eine Einschätzung des Wirtschaftsministeriums zu dieser Thematik.

Staatssekretär Müller-Beck unterstreicht, dass sich die Landesregierung zur Netzneutralität bekenne, um diskriminierungsfreien Zugang zum Internet zu gewährleisten. Auf Landesebene müsse man zwischen der Infrastruktur und den Unternehmen, die diese Infrastruktur nutzten, unterscheiden. Letztendlich könne der Kunde entscheiden, welche Dienstleistung er auf den vorhandenen Netzen in Anspruch nehme. Der wesentliche Teil des Ausbaus der Infrastruktur für schnelles Internet würde auch von Schleswig-Holstein selbst nicht vorgenommen, sondern von Unternehmen. Solle man einen stärkeren Fokus auf Netzneutralität legen wollen, müsse diese zunächst definiert werden, eine entsprechende Definition existiere jedoch bisher nicht. Wenn es eine bundesweit einheitliche und gültige Definition der Netzneutralität gebe, werde sie auch von Schleswig-Holstein angewendet. Er warnt davor, durch Restriktionen den weiteren Netzausbau aufzuhalten. Ohne klare Voraussetzungen von Bundesebene gehe der von den PIRATEN vorgelegte Antrag aus Sicht der Landesregierung ins Leere, da man in Förderrichtlinien nicht Bedingungen knüpfen könne, die nicht definiert oder normiert seien.

Abg. Dr. Breyer unterstreicht die Wichtigkeit der Netzneutralität für das Internet generell. In seinem Antrag sei auch ein Versuch einer Definition vorhanden. Eine Festschreibung auf Bundesebene sei darüber hinaus natürlich wünschenswert.

Staatssekretär Müller-Beck unterstreicht die Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen den Netzausbauern und den Providern. Das Thema der Netzneutralität rücke bei den Anbietern durch das über das Netz verbreitete große Datenvolumen stärker in den Fokus. Die Landesre-

gierung stehe auf dem Standpunkt, dass durch den Glasfaserausbau die beste Voraussetzung für eine diskriminierungsfreie Nutzung gegeben sei.

Der Ausschuss kommt überein, sich dem Verfahren des Innen- und Rechtsausschusses anzuschließen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**a) Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes
und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/885](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/1602](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/2039](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2200](#)

b) Entwurf eines Gesetzes für eine verlässliche Raumordnungsplanung

Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/898](#)

**c) Chancen erkennen, Potenziale nutzen - Gemeinsame Landesplanung
mit Hamburg vorbereiten**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/821](#)

Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/874](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/2201](#)

(überwiesen am 18. Juni 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und den
Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1753](#) (neu), [18/1831](#), [18/1840](#), [18/1844](#), [18/1872](#),
[18/1873](#), [18/1874](#), [18/1879](#), [18/1880](#), [18/1881](#), [18/1882](#),

[18/1885](#), [18/1890](#), [18/1891](#), [18/1892](#), [18/1898](#), [18/1925](#),
[18/1936](#), [18/1943](#), [18/1966](#), [18/1995](#), [18/2014](#), [18/2079](#),
[18/2121](#), [18/2122](#)

Die Koalitionsfraktionen ziehen den Änderungsantrag, [Umdruck 18/1602](#), zurück, da dieser im Antrag [Umdruck 18/2200](#) aufgegangen sei.

In Übereinstimmung mit dem Antragsteller empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN, [Drucksache 18/898](#), für erledigt zu erklären.

Abg. Eickhoff-Weber weist darauf hin, dass Bürgerbeteiligung über die Zurverfügungstellung von Informationen im Internet hinausgehen solle, um eine möglichst breite Beteiligung zu organisieren. Dies werde auch über die Regionalkonferenzen geleistet.

Abg. Dr. Breyer führt aus, dass aus seiner Sicht im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen viele Dinge nicht berücksichtigt seien, die der Änderungsantrag seiner eigenen Fraktion enthalte, zum Beispiel im Hinblick auf Transparenz. Aus diesem Grunde werde er seinen Änderungsantrag aufrechterhalten. Eine Beteiligung von Bürgern oder Nichtregierungsorganisationen könne darüber hinaus aus seiner Sicht nur dann gewährleistet sein, wenn die Fristen entsprechend lang seien. Die Vorschläge zur Bürgerbeteiligung der Fraktion der PIRATEN seien insgesamt nicht berücksichtigt worden, sodass man nicht von erhöhter Bürgerbeteiligung sprechen könne.

Abg. Eickhoff-Weber unterstreicht, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern aus ihrer Sicht im Wesentlichen davon abhängen, wie qualitativ hochwertig Inhalte von Verwaltungen aufbereitet seien. Dies sei wichtiger als die Frage der Fristen. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen vier Monate dienten auch zur Disziplinierung, da erfahrungsgemäß auch bei längeren Fristen keine intensivere oder breitere Beteiligung stattfinde.

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN, dem Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes und zur Aufhebung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes, [Drucksache 18/885](#), in der durch den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/2200](#), geänderten Fassung zur Annahme zu empfehlen. Den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN zum gleichen Thema, [Umdruck 18/2039](#) empfiehlt

der Wirtschaftsausschuss gegen die Stimmen der Fraktion der PIRATEN mit den Stimmen der übrigen Fraktionen dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Weiterhin empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW zum Thema intensivierte Zusammenarbeit in der Landesplanung mit der Freien und Hansestadt Hamburg, [Umdruck 18/2201](#), zu den [Drucksachen 18/821](#) und [18/874](#), zur Übernahme zu empfehlen und ihm zuzustimmen.

Den mündlich durch Streichung der Worte „vor der Sommerpause“ geänderten Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Zielvorstellungen der Landesregierung im Bereich der Landesplanung, [Drucksache 18/874](#), empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der Fraktion der CDU, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und PIRATEN empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss schließlich, dem Landtag den Antrag der Fraktion der FDP betreffend Chancen erkennen, Potenziale nutzen - gemeinsame Landesplanung mit Hamburg vorbereiten, [Drucksache 18/821](#), ebenfalls zur Ablehnung zu empfehlen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf die mit Hamburg geplante gemeinsame Sitzung des Verkehrsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft und des Wirtschaftsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 28. Januar 2014 hin.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:55 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer